

**Auszug aus der Niederschrift
über die 06. Sitzung der Bürgerschaft am 21.06.2018**

Zu TOP : 9.3

Wohnumfeldverbesserung und bezahlbarer Wohnraum

Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion

Vorlage: AN 0071/2018

Herr Dr. Zabel begründet den Prüfauftrag und erläutert, dass die Wohnungsbauunternehmen die anfallenden Modernisierungskosten zu 11% auf die Mieter umlegen bzw. die Nebenkosten entsprechend anpassen können um im Interesse der Mieter die Umlagekosten möglichst gering zu halten, soll der Oberbürgermeister beauftragt werden, die aufgestockten Wohnungsbaufördermittel zu nutzen.

Herr Schulz stellt keinen weiteren Redebedarf fest und stellt den Antrag AN 0071/2018 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Kontakt zur Landesregierung M-V, Herrn Minister Pegel (Ministerium für Energie Infrastruktur und Digitalisierung) aufzunehmen um zu prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, Wohnungsbaufördermittel die nicht abgerufen wurden und ungenutzt beim Land verbleiben für das Landesprogramm „Personenaufzüge, Lifte und barrierefreies Wohnen“ zu verwenden.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2018-VI-06-0817

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Hoffmann

Stralsund, 28.06.2018